

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Abgabepreis monatlich (frei Haus) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachpostamt Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (sauber Dienstag u. Donnerstag)
Anzeigenpreis: Die neuroman gezeichnete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,33 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM.
Anzeigen-Zinnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Montag den 2. Juli 1928 Nummer 152



Schweres Grubenunglück in Frankreich

Flammentod in der Grube

53 Bergarbeiter erstickt / Der Luftschacht eingestürzt

Paris, 1. Juli.

Wie aus Roche de la Mollières (in der Nähe von St. Etienne) gemeldet wird, erfolgte in einem dortigen Steinkohlenschacht am Sonnabendnachmittag eine Explosion, wodurch der Schacht in Brand geriet. Trotzdem sofort die Rettungsarbeiten einsetzten, ist eine große Anzahl von Grubenarbeitern tödlich verunglückt.

Zu der furchterlichen Katastrophe in Roche de la Mollières bei St. Etienne werden folgende Einzelheiten bekannt: Infolge einer Feuersbrunst, die den Einsturz eines Luftschachtes verursachte, wurden 53 Grubenarbeiter, darunter etwa 30 Franzosen und 19 Polen und Marokkaner, erstickt. Bis zur Stunde konnten 40 Leichen und 15 Verletzte geborgen werden. An der Unglücksstelle arbeiten 570 Bergleute. Die Ursache der Feuersbrunst ist noch nicht genau bekannt. Sie wird jedoch auf einen Bruch der Luftzuführungsanlage zurückgeführt, die dann völlig einstürzte. Die Bergleute stürzten nach den ersten Anzeichen der Katastrophe nach den Förderförden. Viele Arbeiter, von den schädlichen Gasen halb erstickt, konnten die Aufzüge jedoch nicht mehr erreichen. Während die Förderförde unter ständigem Geläut der Alarmglocken die Bergleute zutage fördern und Angehörige der in der Grube befindlichen Arbeiter entsetzt nach dem Sitz der Verwaltung eilten, wurden die ersten Hilfsmaßnahmen eingeleitet. Ergreifende Szenen spielten sich ab, als die ersten Toten und Verwundeten an die Oberfläche gebracht wurden. Der Hof des Verwaltungsgebäudes war bald demassen mit Totenbahnen angefüllt, daß nur noch ein enger

Gang übrigblieb. Die Unglücksgrube enthält eine Fördersohle in 330 Meter Tiefe, mit einer Zwischensohle in 220 Meter Tiefe. Hier arbeiteten auf dem eigentlichen Förderposten ungefähr 60 Bergleute. Gegen 7 Uhr am Sonnabend spürte der mit der Bewachung des Postens betraute Steiger einen schlechten Geruch und Rauch. Kurz darauf entstand eine komprimierte Luftzufuhr. Da die komprimierte Luft auf das Feuer wehte und einen Luftzug im umgekehrten Sinne hervorrief, waren von Anfang an die Lösch- und Sicherheitsmaßnahmen besonders erschwert. Gegen 8,30 Uhr erfolgte ein zweiter Einsturz, der auch die Rettungsmannschaften gefährdete. Der Schrecken wurde noch durch ein plötzlich einsetzendes schweres Gewitter erschwert. Nach den bisherigen Äußerungen der französischen Presse wird die Schuldfrage gestellt und alles in Ordnung befunden, jedoch steht unzweifelhaft fest, daß das Unglück im wesentlichen zurückzuführen ist auf die Nationalisierung des französischen Bergbaues. Auch dort ist das gleiche Antreibersystem, Profitmacherei und brutale kapitalistische Nationalisierung, wie im deutschen Bergbau, zu beobachten.

Feuer im Schacht

In Delsdorf. Am Sonntag gegen 2 Uhr brach bei Vereinigtfeld Schacht 1 in Hohndorf im Schacht Koh bei Instandsetzungsarbeiten Feuer aus, das von mehreren Wehren wirksam bekämpft wurde. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen, wohl aber ist der Materialschaden bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt. Die durch den Brand hervorgerufene Betriebsstörung wird in nächster Zeit wieder behoben sein. Die Beschäftigung der Belegschaft erleidet keine Unterbrechung.

Die DMB-Wahlen

Von Willy Schneider

Bei den gestern stattgefundenen Wahlen der Delegierten zum Verbandstag der Metallarbeiter wurden, wie uns heute morgen vom Zentralwahlkomitee des DMB mitgeteilt wird, insgesamt 13 441 Stimmen abgegeben. Auf die sozialdemokratische Liste entfielen 9 258 und auf die Liste der Opposition 4 078 Stimmen, 107 Stimmen waren unglücklich. Die Ergebnisse von vier Wahllokalen stehen noch aus, dürften jedoch das Gesamtergebnis nicht wesentlich beeinflussen. Es muß offen ausgesprochen werden, das Ergebnis der Wahl ist ohne Zweifel ein glatter Erfolg für die Reformisten. Während es der Opposition gerade gelungen sein dürfte, die Zahl ihrer Stimmen an der letzten Verbandstagswahl zu halten, vermochten die Reformisten ihre Stimmenzahl um rund 50 Prozent zu steigern. Ihnen ist die etwa 20 bis 22 Prozent stärkere Wahlbeteiligung rechtlos zugute gekommen.

In einzelnen Wahlbezirken, insbesondere in Dresden selbst, konnten die oppositionellen Stimmen nicht gehalten werden, während in den Randbezirken eine geringe Zunahme, wenn auch nicht in annäherndem Verhältnis zu dem Stimmengewinn der SPD-Liste, verzeichnet werden kann. Eine abschließende Stellungnahme und grundsätzliche Bewertung der Wahl ist im Rahmen unserer heutigen Wahlberichterstattung unmöglich und muß einem späteren Aufsatz vorbehalten bleiben. Darüber hinaus wird das Ergebnis der Wahl zum Gegenstand gründlicher Diskussion vor den Funktionären und Mitgliedern der Partei gemacht werden müssen.

Eine politische Stellungnahme zu dem Dresdner Wahlergebnis scheidet schon deshalb aus, weil heute morgen eine Nebersticht über die Wahlergebnisse in anderen Bezirken nicht vorliegt und aus einer lokalen Erscheinung grundsätzliche politische Schlussfolgerungen nicht gezogen werden können.

Eins ist gewiß. Dresden gehört zu den härtesten Bollwerken der Sozialdemokratie. Hier hat der Reformismus tiefe Wurzeln geschlagen. Der Kampf der Opposition ist hier besonders erschwert. Das aber kann heute schon gesagt werden: Eine der wesentlichsten Fehlerquellen, die bei der Metallarbeiterwahl zutage getreten ist, das ist die noch immer in höchstem Maße mangelhafte und ungenügende Betriebsarbeit unserer Partei. Dort, wo unser größter Mangel in Erscheinung tritt, verjagt die SPD noch immer über ihre stärksten Positionen, die sie unter der „neutralen“ Maske der Gewerkschaftsarbeit von den Unternehmern ungestört erledigen kann. Wir verweisen hier nur auf die planmäßige und systematische Bearbeitung der Mitgliederlisten durch ihre Betriebsräte, Vertrauensleute, Betriebs- und Hauskassierer, die in beständiger, enger Verbindung mit den Arbeitern stehen. Darüber hinaus stand ihnen der gesamte gutfunktionierende, von allen oppositionellen Elementen gesäuberte Organisationsapparat mit den tausenderlei Möglichkeiten der Wahlbeeinflussung zur Verfügung. Das gewaltige organisatorische Übergewicht vermochte die Opposition nicht auszugleichen.

Das allein aber ist noch keine genügende Erklärung dafür, daß die nicht unerheblich höhere Wahlbeteiligung ausschließlich der sozialdemokratischen Liste zugute kam. Die Ursachen liegen noch auf einem anderen Gebiet.

Im Mittelpunkt der Diskussion zur Verbandstagswahl stand vor allem bei den Funktionären und in den Betrieben die geplante Einführung der Invalidenversicherung. Mit der Einführung der Unterstützungs- u. Versicherungs-einrichtungen, die den Charakter der Gewerkschaften als Klassenkampforganisationen des Proletariats verfälschen, haben die Reformisten schon früher einmal den Sieg über die revolutionären Elemente davongetragen. Sichern wir uns doch an die Diskussionen in den einzelnen Kreisverbänden in den achtziger und neunziger Jahren, vor und nach dem Sozialistengesetz. Auch damals gelang es den Opportunisten mit der Phrase der „gesteigerten Werbekraft der Organisation“ und mit dem Hinweis auf „materielle Gegenleistung“, den Klassenkampfcharakter der Organisation zu verwischen, den Arbeitermassen den bequemeren Weg des geringsten Widerstandes schmackhaft zu machen. Gewiß, der Sozialismus bekam damals rote Baden, das Wachstum der Organisation vollzog sich jedoch auf Kosten ihrer revolutionären Aufgaben und Ziele. Der Reformismus feierte Triumphe.

In der gegenwärtigen Periode der relativen Stabilisierung, der sich beständig aufziehenden Klassenkämpfe, bei denen die Basis der Reformisten bedenklich schmaler wird, versuchen die Reformisten, die Arbeiter mit dem alten

Kohlenpreiserhöhung

Die erste Tat der neuen Regierung

Keine Aufhebung der Lohnsteuer — aber faule Versprechungen

Mit einer Tat und einem Versprechen beginnt die Müller-Regierung ihr Leben.

Die Tat ist die Zustimmung des neu-alten Reichswirtschaftsministers Curtius zu der am Freitagabend vom Reichsminister beschlossenen Erhöhung der Preise für Oberschlesische Steinkohlen um 1 Mark je Tonne vom 1. Juli ab.

Das Versprechen ist die unverändliche Zustimmung Hilferdings, die Lohnsteuer senken zu wollen.

Die Tat des Kartellwuchers, der Kohlenpreiserhöhung ist vollendet. Ihr folgen bald weitere Taten neuen Wuchers. Zur beschlossenen Kohlenpreiserhöhung in Oberschlesien tritt die in Kürze folgende Erhöhung der Zirkelpreise um eine Mark, die das Mittel- und Ostdeutsche Braunkohlen-Syndikat vom Reichskohlenrat gefordert hat. Der Reichswirtschaftsminister hat gegen die freilich noch Einspruch erhoben, und der Reichskohlenrat will erst noch Sachverständige hören, ob die Selbstkosten der Braunkohlkapitalisten ihren Preiswucher rechtfertigen. Schmale nach allerdings hat vor wenigen Monaten sich gegen die Preiserhöhung zugunsten der mittel- und ostdeutschen Braunkohlkapitalisten ausgesprochen. Doch die Gewerkschaftsreformisten im Reichskohlenrat und die sozialdemokratischen Minister brauchen ein solches Gutachten, um die Brücke zur Bewilligung der Sonditanzanträge zu finden. Die Berliner Arbeiter, die die mittel- und ostdeutschen Beiräte kaufen, haben den von der neuen Regierung, von demselben Curtius, der schon für die Kohlenpreiserhöhung des Ruhrkohlen-Syndikats eingetreten ist, als er noch Bürgerblockminister war, geforderten Preis zu bezahlen.

Für diese Tat des vollendeten Kartellwuchers bekommen die den unklaren Wechsel Hilferdings auf eine zukünftige Lohnsenkung. So unklar ist dieser Wechsel, daß Hilferding im Wiederstand seiner Koalitionsfreunde vom Reichskohlenrat der Regierung überläßt, es nicht einmal wagt, sich als Minister auf die Lohnsteuerentlastung festzusetzen, sondern von der Partei im Reichstag entsprechende Anträge erwartet.

Die Wirtschaftspolitik der Mitte, über die gestern Abend Hilferding wieder im Berliner Tageblatt publiziert, besteht darin, mit unklaren Versprechen sekundäre Monopole durchzuführen.

Was die Arbeiter brauchen ist eine Kohlenpreiserhöhung

teilwuchers. Die kommunistische Reichstagsaktion fordert in ihren Anträgen die Rückgängigmachung aller in den letzten Monaten beschlossenen Kohlen- und Eisenpreiserhöhungen. Statt dessen stimmt die Regierung der Großen Koalition neuen Wucherforderungen der Kartelle zu.

Was die Arbeiter brauchen, ist nicht eine Lohnsenkung, sondern die Lohnsteuer aufhebung und zugleich die Bejähigung aller der drückenden Massensteuern.

Will das Hilferding? Keineswegs. Denn er und die Sozialdemokraten haben der Einführung der Lohnsteuer, ihrer Unrechtheit zugestimmt. Und wenn im Jahre 1927 über 1282 Millionen Mark aus der Lohnsteuer des Arbeiters im Steuerbüchel der Hindenburg-Republik als Lohnsteuer verschwanden, so sind es die Sozialdemokraten gewesen, die durch die Zustimmung zur Lohnsteuer um diesen Milliardenbetrag das Einkommen der Arbeiter gekürzt haben.

Hilferding und die Müller-Regierung denken nicht daran, diese Kürzung der Löhne durch die Steuern aufzuheben. Sie versprechen nur eine Senkung der Steuer, verschweigen aber zugleich, um wieviel die Steuer gesenkt werden soll. Handelt es sich etwa nur um die Durchführung der Lex Brüning, des vom vorigen Reichstag angenommenen Gesetzes, nach dem die Lohnsteuer herabzusetzen sei, wenn ihr Einkommen 1200 Millionen Mark im Jahre übersteige? Wenn ja — und es liegt kein Anhaltspunkt dafür vor, daß Hilferding mehr fordert als die Mehrheit der bürgerlichen Parteien schon im Bürgerblock-Reichstag bewilligt haben —, dann handelt es sich bei dieser noch in der Zukunft liegenden Steueraktion Hilferdings um so geringfügige Beträge, daß allein der schon beschlossene Kartellwucher des Kohlenkapitals sie im Arbeiterhaushalt schon weitgemacht. Allein dem sozialdemokratischen Minister liegt mehr am Haushaltsgleichgewicht im bürgerlichen Staat als an der Erleichterung der breiten Massen.

Die Werktätigen, die unter dem Kartellwucher leiden, die jetzt erleben, daß er unter der neuen Trutzregierung der Großen Koalition genau so blüht wie unter der alten des Bürgerblocks, lassen sich nicht mit faulen Hilferding-Wecheln abspülen. Sie wollen den Kampf gegen den Kartellwucher und die Befreiung von den Massensteuern! Sie wollen den Kampf gegen die Kartelle!